

# „Abkommen zerstört die Lebensgrundlage der Länder“

Die Freihandelsabkommen TTIP und Ceta sind bekannt. In Afrika regt sich nun Widerstand gegen die Economic Partnership Agreements.

**Aachen.** Chlorhühnchen, ausgehebelte Verbraucherschutzrechte und Millionenklagen vor Schiedsgerichten: Die Freihandelsabkommen TTIP (mit den USA) und Ceta (mit Kanada) sind öffentlich kontrovers diskutiert und stark kritisiert worden. Kaum bekannt ist hingegen, dass die EU seit Jahren ebenfalls über neue Freihandelsabkommen mit den AKP-Staaten – einer Gruppe aus 79 Ländern des afrikanischen Kontinents, der Karibik und des pazifischen Raums – verhandelt. Warum der Widerstand gegen die Economic Partnership Agreements (EPA) so groß ist, erklärt der Experte für Entwicklungspolitik, **Boniface Mabanza**, im Gespräch mit unserer Redakteurin **Christina Handschuhmacher**.

Schon seit 1963 bestehen Freihandelsbeziehungen zwischen den Europäern und einigen afrikanischen Staaten. Warum ist der Widerstand nun gegen die Economic Partnership Agreements (EPA) so groß?

**Mabanza:** Die EPAs stellen einen Paradigmenwechsel dar. In den bisherigen Abkommen war die entwicklungspolitische Komponente sehr stark, zum Beispiel gab es Schutzmaßnahmen für Preis-schwankungen auf dem Weltmarkt für die Hauptprodukte der AKP-Länder. Mit den EPAs verändert sich das Modell komplett. Die den AKP-Ländern gewährten Handelsvorzüge sollen aufgehoben werden; sie müssen nun ihre Märkte für Produkte aus der europäischen Union öffnen. Schon jetzt sind die meisten Länder aber aufgrund ihres Zollniveaus nicht in der Lage, mit Produkten aus der EU zu konkurrieren. Wenn die afri-

kanischen Märkte jetzt noch weiter liberalisiert werden, kommt es zur Katastrophe. Viele Menschen sind sich dessen bewusst, deshalb ist der Widerstand gegenüber den EPAs so groß.

Warum müssen überhaupt neue Handelsabkommen verhandelt werden?

**Mabanza:** Mit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1995 wurden die einseitigen Handelspräferenzen problematisch, weil sie mit einigen Regeln der WTO nicht mehr vereinbar sind. Die WTO schreibt vor, dass kein Land diskriminiert werden darf. Es bestand also die Gefahr, dass Länder, die nicht zu der AKP-Gruppe gehören, sich aber auf dem gleichen Entwicklungsstand befinden, die EU verklagen könnten, weil sie diesen Ländern nicht den gleichen Marktzugang wie den AKP-Ländern gewährt.

Nun verhandeln die AKP-Staaten über neue Abkommen. Ziel ist, die Armut zu bekämpfen und die AKP-Staaten schrittweise in die Weltwirtschaft einzugliedern. Das klingt doch erst einmal nach einem vernünftigen Ansatz.

Finden die Verhandlungen zwischen EU und den AKP-Staaten auf gleicher Augenhöhe statt?

**Mabanza:** Es ist schwierig von gleicher Augenhöhe zu sprechen. Die Generaldirektion für Handel der EU-Kommission ist ein riesiger Apparat, der nur dafür zuständig ist, Verhandlungen zu führen. Solche Kapazitäten haben die AKP-Länder nicht. Am Anfang waren sie sehr schwach aufgestellt. Sie haben gar in einigen Regionen überlegt, auf Experten zurückzugreifen, die die EU selbst zur Verfügung stellen wollte. Das hätte bedeutet, dass die EU mit sich selbst verhandelt hätte. Die Konstellation war von Anfang an schwer. Für die Länder, die nicht zu den am wenigsten entwickelten und deshalb

gesondert geschützten Staaten zählen, stand immer im Raum, dass sie den Marktzugang zur EU verlieren könnten. Und da dieser Marktzugang zurzeit für ihre Volkswirtschaft notwendig ist, waren sie erpressbar. Die am wenigsten entwickelten Länder waren

bar, weil die EU immer wieder betont hat, dass sie jederzeit Entwicklungszahlungen einstellen kann. Wenn man mit so einem Partner verhandelt, der viele Instrumente in der Hand hat, um jederzeit den Druck zu erhöhen, kann man nicht von gleicher Augenhöhe sprechen. Deswegen ist der Begriff Partnerschaft im Zusammenhang mit diesen Freihandelsabkommen absolut irreführend.

Wie könnte ein gerechterer Handel zwischen der EU und den AKP-Staaten aussehen?

**Mabanza:** Ein gerechter Handel müsste die existierenden, asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen Europa – als einer der größten und reichsten Wirtschaftsregionen der Welt – und den AKP-Ländern, die zu den ärmsten Ländern gehören, berücksichtigen. Die schwächeren Länder müssten die Möglichkeiten bekommen, ihre Kapazitäten auszubauen, damit sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden können. Das wäre das Gegenteil dessen, was momentan mit den EPAs gestaltert wird. Nämlich eine Öffnung der Grenzen, die dazu führt, dass die afrikanischen Volkswirtschaften von europäischen Unternehmen übernommen werden und nur Europa der Nutznießer ist. Eine gerechte Handelsordnung würde berücksichtigen, dass die AKP-Länder aufgrund der Kolonialgeschichte immer noch bestimmte Nachteile haben. Sie stecken fest in ihrer Rolle als

Rostofflieferanten und brauchen einen Strukturwandel. Gerechtigkeit im Handel – auch gegenüber der Umwelt und zukünftigen Generationen – würde berücksichtigen, dass Welthandel nicht die Regel sein darf, sondern, dass er die regionalen Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten nur ergänzt.

Wenn die EPAs in Kraft treten würden. Wie würde der afrikanische Kontinent in 15 Jahren aussehen?

**Mabanza:** Wenn die EPAs ratifiziert werden und in Kraft treten, könnte es sein, dass der derzeitige Flüchtlingsstrom nach Europa zum Dauerzustand wird, weil sich immer mehr Menschen auf den Weg machen, deren Lebensgrundlagen zerstört worden sind.

## Boniface Mabanza hält Vortrag in Aachen

**Boniface Mabanza**, geboren in der Demokratischen Republik Kongo, studierte in Kinshasa Philosophie, Theologie und Literatur und promovierte in Münster mit einer Arbeit zum Thema „Gerechtigkeit kann es nur für alle geben. Globalisierungskritik aus afrikanischer Perspektive“. Derzeit ist Mabanza Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (Kasa) in Heidelberg. Auf Einladung von Attac Aachen, dem Eine Welt Forum Aachen und Misereor hält er am morgigen Sonntag, 27. September, einen Vortrag in Aachen. Die Veranstaltung in der Citykirche St. Nikolaus, Großkölnstraße, beginnt um 20 Uhr.

Lebensgrundlagen dieser Länder. Sie zerstören die Steuerba-



„Die EPAs sind ein Instrument der Verarmung“, sagt Boniface Mabanza. Foto: privat

AW 26.9.2015